



Kleine Anfrage

der Abgeordneten Birgit Herdejürgen (SPD)

und Antwort

der Landesregierung - Ministerin für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur (MBWFK)

Forschende aus dem Ausland an schleswig-holsteinischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen - Teil II

1. Welche Forschungsprojekte und -kooperationen gibt es zwischen Schleswig-Holsteinischen Einrichtungen und US-Einrichtungen, die auf Grund der jüngsten politischen Entscheidungen in den USA beschränkt oder vorzeitig beendet wurden? (Bitte einzeln auflisten inkl. der Art der Einschränkung.)
2. Mit welchen Auswirkungen auf die Forschungslandschaft in Schleswig-Holstein rechnet die Landesregierung auf Grund der jüngsten politischen Entscheidungen in den USA?

Antwort zu den Fragen 1) und 2):

Seit einigen Monaten sind Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den USA zunehmend einer Reihe von Repressionen ausgesetzt und in ihrer akademischen Unabhängigkeit eingeschränkt. Die Landesregierung betrachtet diese Entwicklungen mit Sorge.

In welchem Umfang sich die Entwicklungen in den USA auf die Forschungslandschaft in Schleswig-Holstein auswirken und gemeinsame Projekte und Kooperationen beeinflussen werden, ist derzeit nicht absehbar, zumal sich eine Reihe von Wis-

senschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Wissenschaftseinrichtungen in den USA auch auf juristischem Wege gegen die derzeitigen Eingriffe zur Wehr setzen. Grundsätzlich muss aber davon ausgegangen werden, dass sich für alle Kooperationsbereiche Auswirkungen ergeben können, also neben Studien- und Forschungsaufenthalten z.B. auch gemeinsame Publikationen, die Teilnahme an Konferenzen oder der Austausch von Forschungsdaten. Die Landesregierung steht hierzu im Austausch mit den wissenschaftlichen Einrichtungen im Land (zuletzt Austausch mit den Hochschulen am 20.06.2025) sowie dem Bund und den anderen Ländern (zuletzt Wissenschaftsministerkonferenz/GWK am 03./04.07.2025).

3. Bemüht sich die Landesregierung darum, Forschende oder Studierende in postgraduellen Studiengängen für Schleswig-Holstein zu gewinnen, die entweder aufgrund der Entscheidungen der US-Amerikanischen Administration keinen gesicherten Aufenthaltsstatus mehr in den USA haben bzw. dieses befürchten oder in Forschungsgebieten tätig sind, denen die US-Regierung aus politischen Gründen die Finanzierung kürzt oder in anderer Weise behindert?
4. Falls keinerlei solcher Bemühungen: Warum nicht und hat die Landesregierung vor, solcherlei Initiativen zukünftig zu ergreifen?

Antwort zu den Fragen 3) und 4):

Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Schleswig-Holstein bemühen sich im Rahmen von Autonomie und Selbstverwaltung fortwährend um die Gewinnung von Studierenden und Forschenden aus dem In- und Ausland für Studienplätze und offene Stellen. Hierfür schaffen der Bund und die Länder die Rahmenbedingungen. Die Landesregierung ist überzeugt, dass die enge Abstimmung zwischen Bund und Ländern auch in diesem Bereich essentiell ist. Sie begrüßt deshalb den Austausch z.B. in der Wissenschaftsministerkonferenz sowie der GWK und die Initiative des Bundes für ein 1.000-Köpfe-Programm, damit internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in allen Bundesländern ihre Arbeiten unter exzellenten Rahmenbedingungen beginnen bzw. fortsetzen können.

5. Plant die Landesregierung hierzu die bestehenden Kontakte über The Bay Areas e.V. zu nutzen?

Antwort:

Die Landesregierung nutzt alle Kontakte, die dienlich sind, um in enger Abstimmung mit dem Bund und den anderen Ländern bestehende Kooperationen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu fördern und aufrecht zu erhalten und der besonderen Verantwortung des Forschungsstandorts Deutschland auch für internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gerecht zu werden.